

## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 324 / 2014

Kiel, Freitag, 11. Juli 2014

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Christopher Vogt**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Tourismus / Privatisierung von Küsten und Ufern

## Oliver Kumbartzky: Forderung der Piraten schadet dem Tourismusstandort Schleswig-Holstein

In seiner Rede zu Top 17 (Privatisierung von Küsten und Ufern) erklärt der tourismuspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Wenn man an Schleswig-Holsteins Küsten unterwegs ist, dann wird man schnell feststellen, dass fast überall ungehindert das Meer erreicht werden kann. Nur wenige Abschnitte unserer schönen Küste sind militärische Sperrbezirke und können nicht von jedem Bürger betreten werden.

Liest man den Antrag der Piraten, könnte man jedoch ins Grübeln kommen und sich fragen, ob die Landesregierung jetzt auf die Idee gekommen sei, die Küsten unseres schönen Bundeslandes im Zuge der Haushaltssanierung zu veräußern. In so einem Szenario könnte einem Piraten schon angst und bange werden. Schließlich bestünde die Gefahr, dass man mit dem Piratenschiff in Zukunft nicht mehr überall die Küsten entern könnte.

Im Ernst: Schleswig-Holstein lebt gerade an den Küsten vom Tourismus. Die Touristen wollen Strandurlaube machen. Aber sie wollen eben nicht nur am Strand liegen, sondern auch eine vernünftige Infrastruktur vorfinden. Das beginnt mit Restaurants am Strand, kleinen Einkaufsläden, Ferienwohnungen, Hotels bis hin zu Häfen.

Wenn der Antrag der Piraten eins zu eins umgesetzt werden würde, wird es meiner Ansicht nach nie wieder Investitionen in die eben genannten Infrastruktureinrichtungen geben, weder von Kommunen, noch von Privaten. Welche Kommune bzw. welcher Investor wäre denn bereit, viel Geld in die Hand zu nehmen für die Instandhaltung oder die weitere Entwicklung einer solchen Anlage, wenn man nicht vollumfänglich über das Gelände verfügen dürfte?

Das Wirtschaftsministerium teilte in der Antwort auf eine Kleine Anfrage mit, dass die Öffentlichkeit die übertragenen Gebiete in der Regel weiterhin nutzen kann. Und es gibt ja auch viele gute Beispiele.

Vor allem in der Lübecker Bucht hat sich in den letzten Jahren viel Neues direkt am Strand entwickelt. Hier lebt der Tourismus davon, dass die Menschen kurze Wege haben und den Touristen viel geboten wird. Mit dem heute vorgelegten Antrag würde der Status quo festgeschrieben und jegliche Entwicklung in diesem Bereich abgewürgt werden. Das kann und darf nicht das Ziel einer neuen Tourismusstrategie für das Land Schleswig-Holstein sein.

Ich hätte im Bereich der Wirtschaftspolitik eine andere Denkweise von den Piraten erwartet. Dass hier anscheinend ein riesiges Misstrauen gegen Kommunen und private Investoren herrscht, ist sehr erschreckend. Wir wollen weiter eine positive Entwicklung für den Tourismus an unseren Küsten und werden daher Ihren Antrag ablehnen.“